

Digitales Brandenburg

hosted by Universitätsbibliothek Potsdam

Amtliche Bekanntmachungen

Universität Potsdam Universität Potsdam

Potsdam, 1.1992 -

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-8294

I. Rechts- und Verwaltungsvorschriften

Studienordnung für den Diplomstudiengang Informatik an der Universität Potsdam

Vom 22. Juni 1995

Der Fakultätsrat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des § 91 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BBHG) vom 24. Juni 1991 (GVBl. S. 156) am 22. Juni 1995 folgende Studienordnung für den Diplomstudiengang Informatik erlassen:¹

Übersicht

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Berufsfelder
- § 3 Ausbildungsinhalte
- § 4 Gliederung des Studiums
- § 5 Lehrveranstaltungsformen
- § 6 Grundstudium
- § 7 Hauptstudium
- § 8 Großer Beleg
- § 9 Inkrafttreten

§ 1 Geltungsbereich

Diese Studienordnung regelt auf der Grundlage des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Brandenburg (BBHG) vom 24. Juni 1991 und der Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Informatik vom 22. Juni 1995 Ziele, Inhalt, Aufbau und Gestaltung für den Diplomstudiengang Informatik an der Universität Potsdam.

§ 2 Berufsfelder

Die breite Anwendung der Informatik bietet für den Absolventen des Informatikstudiums eine Vielzahl von Berufsmöglichkeiten, zum Beispiel:

- Mitarbeit bei der Entwicklung neuer Methoden und Systeme der Informationsverarbeitung (bei Herstellerfirmen, Softwarehäusern und Forschungseinrichtungen)
- Mitarbeit bei der Einführung der automatischen Informationsverarbeitung (in Verwaltung und Wirtschaft)
- Betrieb und Wartung sowie Vertrieb von Produkten der Computer-Industrie

¹ Weibliche Amts- und Funktionsträgerinnen sowie Kandidatinnen führen weibliche Bezeichnungen. Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und zur besseren Lesbarkeit wird im nachfolgenden Text die männliche Form verwendet.

Tätigkeit in Ausbildungseinrichtungen (einschließlich Lehre und Forschung im Hochschulbereich).

§ 3 Ausbildungsinhalte

(1) Im Grundstudium werden wesentliche fachwissenschaftliche Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Informatik und des Wahlpflichtfaches vermittelt sowie die notwendige Sicherheit im Umgang mit der informationsverarbeitenden Technik entwickelt und gefestigt.

(2) Das Hauptstudium dient der Vertiefung, Spezialisierung und Anwendung der Informatik. Die Bezüge zum Wahlpflichtfach werden beachtet. Im Hauptstudium erfolgt die Vertiefung in zwei Fachrichtungen:

1. Modellierung und Simulation im Bereich der Naturwissenschaften
2. Verwaltungsinformatik.

(3) Gegenstand der ersten Fachrichtung sind theoretische Grundlagen, Methoden und Mittel für die Modellierung und Simulation komplexer physikalischer, chemischer und biologischer Gebilde einschließlich der Verwaltung ihrer Daten und der graphischen Repräsentation, der Animation sowie der Bilderkennung und -verarbeitung. Gegenstand der zweiten Fachrichtung sind theoretische Grundlagen, Methoden und Mittel für die Entwicklung und Benutzung der Hardware und Software großer, heterogener, verteilter, menshintegrierter Systeme im Bereich der Verwaltung, des öffentlichen Dienstes sowie im privatwirtschaftlichen Bereich. In jeder Fachrichtung gibt es obligatorische Fächer sowie wahlobligatorische und wahlfreie Vertiefungsfächer. Die wahlobligatorischen Vertiefungsfächer sind fachrichtungsspezifisch und werden aus dem Angebot der Vertiefungsfächer festgelegt.

(4) Wahlfreie Vertiefungsfächer kann der Studierende nach eigenem Ermessen aus den übrigen Vertiefungsfächern auswählen und unter Beachtung der geforderten Prüfung laut Prüfungsordnung zu einer beliebigen Zeit im Hauptstudium belegen. Jeder Student muß an zwei Proseminaren teilnehmen. Proseminare werden von den Hochschullehrern angeboten.

§ 4 Gliederung des Studiums

(1) Das Studium gliedert sich entsprechend der Prüfungsordnung des Studienganges Informatik in das Grundstudium von vier Semestern, das mit der Diplomvorprüfung abschließt, und das Hauptstudium von höchstens fünf Semestern, das die Zeit für die Anfertigung der Diplomarbeit und die Absolvierung der Diplomprüfung mit einschließt.

(2) Das Studium umfaßt Lehrveranstaltungen des Pflichtbereiches Informatik, des Wahlpflichtbereiches sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden. Der zeitliche Gesamtumfang aller für den erfolgreichen Abschluß des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 160 Semesterwochenstunden (SWS). Davon



entfallen in der Regel auf das Pflichtfach Informatik 90 SWS, auf die Mathematik 24 SWS und auf das Wahlpflichtfach 30 SWS. 16 SWS sind als Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden nachzuweisen. Als Wahlpflichtfächer sind gegenwärtig die folgenden Fächer vereinbart worden:

1. Mathematik
2. Wirtschaftswissenschaften.

Für diese Fächer gibt es Vereinbarungen zwischen dem Institut für Informatik und den betreffenden Instituten. Weitere Wahlpflichtfächer können auf Antrag der Studenten durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission vereinbart werden.

(3) In die Zeit von 160 Semesterwochenstunden ist nicht der Umfang der Betriebspraktika einbezogen. Der Große Beleg wird mit einem Semesterwochenstundenäquivalent von 4 Semesterwochenstunden festgelegt. Innerhalb des Hauptstudiums müssen zwei Proseminare der Informatik im Umfang von insgesamt 4 Semesterwochenstunden belegt werden.

§ 5 Lehrveranstaltungsformen

(1) Im Grundstudium dominieren neben den Vorlesungen die entsprechenden Übungen. In den Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums treten an Stelle der Übungen in zunehmendem Maße Seminare, Proseminare und Forschungsseminare. Eine wesentliche Rolle spielt das selbständige Bearbeiten von Aufgabenstellungen. Zur Entwicklung der dazu erforderlichen Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kreativität werden im Studium vielfältige Möglichkeiten geboten. Die Fähigkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit mit anderen wird u. a. durch die Teilnahme an Projektarbeiten gefördert.

(2) Im Studium sind zwei Berufspraktika von jeweils sechs Wochen zu absolvieren. Das erste Berufspraktikum soll im Grundstudium liegen. Es sind folgende Kenntnisse bzw. Fähigkeiten zu erwerben:

- Konfiguration von Rechnernetzen
- Installation von Softwarepaketen
- Arbeiten mit unterschiedlichen Rechnertypen und Betriebssystemen
- Datenerfassung
- Ausführung von Aufträgen bei vorgegebener Software.

Für das zweite Berufspraktikum im Hauptstudium sind folgende Tätigkeiten nachzuweisen:

- Mitwirkung am Entwurf von Organisations- und Programmlösungen
- Programmierung und Testung ausgewählter Softwarekomponenten
- Analyse von Organisationssystemen und Vorschläge für Innovationen
- Mitwirkung bei der Umstellung auf moderne Informationssysteme vor allem im mittelständischen Bereich.

§ 6 Grundstudium

Das Grundstudium umfaßt 81 Semesterwochenstunden, die sich wie folgt aufteilen:

1. Semester

- ADP1 Algorithmen, Daten, Programme 1
4 V / 2 S | Ü, L ²
- GT11 Physikalisch-technische Grundlagen der Informatik 1 2 V 1 S | Ü, L
- M1 Algebra und diskrete Mathematik 1
4 V 2 S | Ü, L
- WPF1 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach

2. Semester

- ADP2 Algorithmen, Daten, Programme 2
4 V 2 S | Ü, L
- GT12 Physikalisch-technische Grundlagen der Informatik 2 2 V 1 S | Ü, L
- M2 Algebra und diskrete Mathematik 2
4 V 2 S | Ü, L
- WPF1 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne WPF1 und WF) 15**

3. Semester

- GS1 Grundlagen der Softwareentwicklung 1
4 V 2 S | Ü, L
- GT13 Rechnerarchitektur
2 V 2 S | Ü, L
- M3 Analysis und numerische Mathematik 1
4 V 2 S | Ü, L
- M5 Stochastik
2 V 1 S | Ü, L
- WPF1 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne WPF1 und WF) 19**

4. Semester

- GS2 Grundlagen der Softwareentwicklung 2
4 V 2 S | Ü, L
- GT14 Rechnernetze
2 V 2 S | Ü, L
- M4 Analysis und numerische Mathematik 2
2 V 1 S | Ü, L
- WPF1 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne WPF1 und WF) 13**

WPF1 Wahlpflichtfach
insgesamt 15 Stunden V und S | Ü

WF Wahlfreie Fächer
insgesamt 4 Stunden V und S | Ü
Gesamtsumme Grundstudium 81

§ 7 Hauptstudium

Das Hauptstudium umfaßt 79 Semesterwochenstunden, die auf das fünfte bis achte Semester wie folgt aufgeteilt werden.

² V = Vorlesung, Ü = Übung, S = Seminar, L = Schein, l = oder. Mit dem "Schein" wird der Nachweis erbracht, daß der Student an den Übungen oder Seminaren zu der Vorlesung erfolgreich teilgenommen hat. Bei Vorlesungszyklen ist in der Regel nur der Schein des letzten Semesters des betreffenden Zyklus erforderlich; näheres regelt die Prüfungsordnung.

5. Semester

- PA11 Software-Konstruktion/Softwareprojekt 1
2 V 1 S 1 Ü, L
- TI1 Theoretische Informatik 1
2 V 1 S 1 Ü, L
- PA15 Betriebssysteme 1
2 V 1 S 1 Ü, L
- OVI Wahlobligatorische Vertiefungsfächer Informatik
- PS Proseminar
- WPF2 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne OVI, PS, WPF2 und WF)** 9

6. Semester

- PA12 Software-Konstruktion/Softwareprojekt 2
2 V 1 S 1 Ü, L
- TI2 Theoretische Informatik 2
2 V 1 S 1 Ü, L
- PA16 Betriebssysteme 2
2 V 1 S 1 Ü, L
- OVI Wahlobligatorische Vertiefungsfächer Informatik
- PS Proseminar
- WPF2 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne OVI, PS, WPF2 und WF)** 9

7. Semester

- PA13 Datenbanken 1
2 V 1 S 1 Ü, L
- TI3 Compiler-Technik
2 V 2 S 1 Ü, L
- TI4 Logische und funktionale Programmierung
2 V 1 S 1 Ü, L
- OVI Wahlobligatorische Vertiefungsfächer Informatik
- PS Proseminar
- WPF2 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne OVI, PS, WPF2 und WF)** 10

8. Semester

- PA14 Datenbanken 2
2 V 1 S 1 Ü, L
- TI5 Künstliche Intelligenz
2 V 1 S 1 Ü, L
- GB Großer Beleg
Semesterwochenstundenäquivalent: 4
- OVI Wahlobligatorische Vertiefungsfächer Informatik
- PS Proseminar
- WPF2 Wahlpflichtfach
- WF Wahlfreies Fach
- Summe (ohne OVI, PS, WPF2 und WF)** 10

- OVI Wahlobligatorische Vertiefungsfächer Informatik
10 V 1 S 1 Ü
- PS Zwei Proseminare
4 S, 2 L
- WPF2 Wahlpflichtfach
15 V 1 S 1 Ü
- WF Wahlfreie Fächer
12 V 1 S 1 Ü
- Summe OVI, PS, WPF 2 und WF** 41

Gesamtsumme Hauptstudium: 79

§ 8 Großer Beleg

(1) Der Große Beleg (GB) ist ein benoteter Leistungsnachweis, in dem der Student nachweist, daß er in der Lage ist, neue wissenschaftliche Arbeiten, Ergebnisse und Methoden zu rezipieren und auf fachspezifische Probleme anzuwenden. Besonderer Wert wird dabei auf die Entwicklung eines Softwareprodukts gelegt. Das Thema des Großen Belegs kann in Zusammenhang mit dem Diplomthema stehen.

(2) Die Ausgabe des Themas für den Großen Beleg erfolgt durch den Hochschullehrer in schriftlicher Form. Der Zeitpunkt der Ausgabe wird im Sekretariat des Instituts für Informatik aktenkundig gemacht. Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung des Großen Belegs darf sechs Monate nicht überschreiten. Die Frist läuft vom Tage der Ausgabe an. Sie wird durch die Abgabe des Großen Belegs im Sekretariat des Instituts für Informatik gewahrt.

(3) Für die Gestaltung des Großen Belegs gelten sinngemäß die in § 24 der Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Informatik gegebenen Richtlinien für die Diplomarbeit in abgeminderter Form.

(4) Der Große Beleg kann vom themenstellenden Betreuer auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und den generellen Anforderungen entspricht.

(5) Der Große Beleg endet mit der Belegabnahme, in der entweder nachzuweisen ist, daß das im Großen Beleg entwickelte Softwareprodukt die Aufgabenstellung des Belegs erfüllt oder in einem Vortrag die Lösung des Problems unter Anwendung der erworbenen Kenntnisse vorgestellt wird. Die Belegabnahme erfolgt nach der Begutachtung der Belegarbeit durch den betreuenden Hochschullehrer bzw. Lehrbeauftragten und einen Assistenten.

§ 9 Inkrafttreten

(1) Diese Ordnung gilt für alle Studierenden, die nach Inkrafttreten im Diplomstudiengang Informatik an der Universität Potsdam immatrikuliert werden.

(2) Die Studienordnung tritt am Tag nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

Anhang

Wahlobligatorische Vertiefungsfächer

Die nachfolgende Liste möglicher wahlobligatorischer Vertiefungsfächer wird jährlich aktualisiert.

- Scientific Computing
- Virtual Reality
- Fehlertolerante Hard- und Software
- Hardwareentwurfssysteme
- Neuronale Netze
- Softwaremanagement
- Rechnergestützte Entscheidungssysteme
- Parallele Prozesse
- Entwicklungsumgebungen/Umgebungsbaue
- Softwareergonomie
- Bildverarbeitung
- Multimedia-Systeme
- Computergrafik
- Komplexitätstheorie
- Automatische Dokumentenverwaltung
- Büroinformationssysteme
- Informationssysteme in der Verwaltung
- Graphentheorie
- Kodierungstheorie

Aktuellen wissenschaftlichen Erfordernissen entsprechend kann diese Liste durch Beschluß des Prüfungsausschusses erweitert werden.

Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Informatik an der Universität Potsdam

Vom 22. Juni 1995

Der Fakultätsrat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des § 91 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BBHG) vom 24. Juni 1991 (GVBl. S. 156) am 22. Juni 1995 folgende Prüfungsordnung für den Diplomstudiengang Informatik erlassen: ^{1 2}

Teil 1 Allgemeiner Teil

- § 1 Zweck der Prüfung
- § 2 Diplomgrad
- § 3 Gliederung des Studiums und der Studiendauer
- § 4 Prüfungsausschuß
- § 5 Prüfer und Beisitzer
- § 6 Anerkennung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen
- § 7 Prüfungsanspruch
- § 8 Freiversuch
- § 9 Prüfungsformen
- § 10 Klausurarbeiten
- § 11 Mündliche Prüfungen
- § 12 Prüfungsrelevante Studienleistungen
- § 13 Zusatzprüfungen
- § 14 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 15 Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses
- § 16 Zeugnisse, Urkunden, Bescheinigungen
- § 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung*

Teil 2 Diplom-Vorprüfung

- § 18 Ziel, Umfang und Formen der Diplom-Vorprüfung
- § 19 Antrag auf Zulassung zur Diplom-Vorprüfung
- § 20 Ergebnis der Diplom-Vorprüfung, Gesamtnote
- § 21 Wiederholung der Diplom-Vorprüfung

Teil 3 Diplomprüfung

- § 22 Formen der Diplomprüfung
- § 23 Antrag auf Zulassung zur Diplomprüfung
- § 24 Diplomarbeit
- § 25 Ergebnis der Diplomprüfung, Gesamtnote
- § 26 Wiederholung der Diplomprüfung

Teil 4 Schlußbestimmungen

- § 27 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 28 Ungültigkeit der Prüfung
- § 29 Inkrafttreten

¹ Bestätigt vom MWFK mit Schreiben vom 13. Dezember 1995

² Weibliche Amts- und Funktionsträgerinnen sowie Kandidatinnen führen weibliche Bezeichnungen. Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und zur besseren Lesbarkeit wird im nachfolgenden Text die männliche Form verwendet.

Teil 1 Allgemeiner Teil

§ 1 Zweck der Prüfung

Die Diplomprüfung bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluß des Studiums der Informatik. Durch die Diplomprüfung soll festgestellt werden, ob der Kandidat die Zusammenhänge auf dem Gebiet der Informatik überblickt, die Fähigkeit besitzt, wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden, und die für den Übergang in die Berufspraxis notwendigen gründlichen Fachkenntnisse erworben hat.

§ 2 Diplomgrad

Aufgrund der bestandenen Diplomprüfung verleiht die Universität Potsdam durch die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät den akademischen Grad "Diplom-Informatiker" bzw. "Diplom-Informatikerin" (abgekürzt: Dipl.-Inform.).

§ 3 Gliederung des Studiums und Studiendauer

(1) Die Regelstudienzeit beträgt einschließlich der Diplomprüfung neun Semester. Die Betriebspraktika sind in das Studium integriert und werden innerhalb der Regelstudienzeit abgeleistet. Auf die Regelstudienzeit werden Studienzeiten bis zu zwei Semestern, in denen die für das Studium der Informatik erforderlichen speziellen Sprachkenntnisse erworben werden müssen, nicht angerechnet.

(2) Das Studium gliedert sich in das Grundstudium von vier Semestern, das mit der Diplom-Vorprüfung abschließt, und das Hauptstudium von höchstens fünf Semestern, das die Zeit für die Absolvierung der Diplomprüfung mit einschließt.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über acht Semester und umfaßt Lehrveranstaltungen des Pflicht- und Wahlpflichtbereiches sowie Lehrveranstaltungen nach freier Wahl der Studierenden mit einem Umfang von mindestens 16 Semesterwochenstunden. Der zeitliche Gesamtumfang aller für den erfolgreichen Abschluß des Studiums erforderlichen Lehrveranstaltungen beträgt 160 Semesterwochenstunden. In die Zeit von 160 Semesterwochenstunden ist nicht der Umfang der beiden Betriebspraktika einbezogen. Es ist auf ein angemessenes Verhältnis von Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen zu achten. Das Nähere regelt die Studienordnung für den Diplomstudiengang Informatik.

§ 4 Prüfungsausschuß

(1) Auf Vorschlag des Instituts für Informatik wird vom Fakultätsrat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät ein Prüfungsausschuß bestellt, der sich wie folgt zusammensetzt: drei Professoren, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter und ein Student, der das Grundstudium erfolgreich absolviert hat.

(2) Die Amtszeit des Prüfungsausschusses beträgt drei Jahre, die des studentischen Mitgliedes ein Jahr. Eine Wiederwahl ist möglich. Die Mitglieder des Ausschusses üben ihr Amt nach Ablauf einer Amtsperiode weiter aus, bis Nachfolger gewählt worden sind und diese ihr Amt angetreten haben. Der Rat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät kann mit der Mehrheit seiner Mitglieder vor Ablauf der Amtszeit einen neuen Prüfungsausschuß bestellen.

(3) Der Prüfungsausschuß wählt aus dem Kreise der ihm angehörenden Professoren einen Vorsitzenden und seinen Stellvertreter. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Der Ausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Über die Sitzungen des Ausschusses wird Protokoll geführt. Der Prüfungsausschuß kann sich eine Geschäftsordnung geben.

(4) Der Prüfungsausschuß achtet darauf, daß die Bestimmungen dieser Ordnung eingehalten werden und entscheidet in Auslegungsfragen zu dieser Prüfungsordnung. Er berichtet regelmäßig der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät über die Entwicklung der Prüfungs- und Studienzeiten einschließlich der tatsächlichen Bearbeitungszeiten für die Diplomarbeit, gibt Anregungen zur Reform der Prüfungs- und Studienordnung und legt die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten offen. Der Prüfungsausschuß ist insbesondere zuständig für

1. die Organisation der Prüfungen,
2. die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen,
3. die Entscheidung über die Aufnahme des Hauptstudiums vor Abschluß des Grundstudiums,
4. die Aufstellung der Verzeichnisse der Prüfer,
5. die Gewährung von Prüfungserleichterungen für behinderte Studierende.

(5) Der Prüfungsausschuß kann durch Beschluß Zuständigkeiten auf den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter übertragen. Übertragene Entscheidungen werden auf Antrag der Betroffenen dem Prüfungsausschuß zur Entscheidung vorgelegt.

(6) Der Vorsitzende oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Prüfungsausschusses haben das Recht, den Prüfungen beizuwohnen und sich über die Einhaltung der Prüfungsordnung zu informieren.

(7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses und deren Stellvertreter sind zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Sofern sie nicht dem öffentlichen Dienst angehören, sind sie durch den Vorsitzenden entsprechend zu verpflichten.

§ 5 Prüfer und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuß bestellt - nach Maßgabe der Regelungen des Brandenburgischen Hochschulgesetzes - jeweils für ein akademisches Jahr die Prüfer für jedes

Prüfungsfach und trägt sie als Prüfungsberechtigte im Prüferverzeichnis ein.

(2) Enthält das Prüferverzeichnis mehrere Prüfungsberechtigte für ein Fach, hat der Kandidat die Möglichkeit, unter diesen einen als Prüfer vorzuschlagen. Die Entscheidung über die Benennung trifft der Prüfungsausschuß.

(3) Im Rahmen der mündlichen Prüfungen bedarf es - außer bei Kollegialprüfungen mit mindestens zwei Prüfern - der Hinzuziehung eines Beisitzers. Die Beisitzer werden von den Prüfern eingesetzt und führen das Protokoll. Der Beisitzer hat keine Entscheidungsbefugnis. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer im Studiengang Informatik die Diplomprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(4) Die Namen der jeweils für die einzelnen Fächer zur Verfügung stehenden Prüfer werden vom Prüfungsausschuß über das Prüfungsamt der Universität durch Anschlag bekanntgegeben. Sollte ein Prüfer aus zwingenden und nicht vorhersehbaren Gründen Prüfungen nicht oder nur mit erheblichen Terminverschiebungen abnehmen können, kann der Prüfungsausschuß einen anderen Prüfer benennen.

(5) Für die Prüfer und Beisitzer gilt § 4 Abs. 7 entsprechend.

§ 6 Anerkennung von Studienzeiten, Prüfungs- und Studienleistungen

(1) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes in demselben Studiengang werden ohne Gleichwertigkeitsprüfung anerkannt. Dasselbe gilt für Diplom-Vorprüfungen. Soweit die Diplom-Vorprüfung Fächer nicht enthält, die an der Universität Potsdam Gegenstand der Diplom-Vorprüfung, nicht aber der Diplomprüfung sind, erfolgt die Anerkennung mit der Auflage, diese Prüfungsleistungen als Ausgleichsprüfung vor der ersten Meldung zur Diplomprüfung nachzuholen. Die Anerkennung von Teilen der Diplomprüfung kann versagt werden, wenn mehr als die Hälfte der Fachprüfungen oder die Diplomarbeit anerkannt werden sollen.

(2) Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in anderen Studiengängen werden anerkannt, soweit die Gleichwertigkeit festgestellt ist. Gleichwertigkeit ist festzustellen, wenn Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in Inhalt, Umfang und in den Anforderungen dieser Prüfungsordnung im wesentlichen entsprechen. Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. Wird eine Gleichwertigkeit nicht festgestellt, kann der Prüfungsausschuß eine Anerkennungsprüfung ansetzen.

(3) Bei der Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die außerhalb des Geltungsbereiches des Hochschulrahmengesetzes erbracht

wurden, sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebildeten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(4) Für Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(5) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt, sind die Noten zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk "bestanden" aufgenommen und im Zeugnis mit einem entsprechenden Vermerk gekennzeichnet.

(6) Einschlägige berufspraktische Tätigkeiten können auf Antrag als Betriebspraktikum anerkannt werden.

(7) Die Anerkennung von Studienzeiten, Studienleistungen und Prüfungsleistungen, die im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes erbracht wurden, erfolgt von Amts wegen. Die Studierenden haben die für die Anerkennung erforderlichen Unterlagen vorzulegen.

(8) Anerkennungsprüfungen dienen allein der Feststellung, ob die zu fordernden Mindestkenntnisse vorliegen. Sie werden bei nicht gegebener Gleichwertigkeit gemäß Absatz 2 auferlegt. Anerkennungsprüfungen erfordern keine Übungsleistungen und werden nur mit dem Urteil "bestanden" oder "nicht bestanden" versehen. Im Falle des Nichtbestehens ist die Prüfung als Ausgleichsprüfung gemäß Absatz 9 durchzuführen.

(9) Ausgleichsprüfungen sind reguläre Prüfungen gemäß dieser Prüfungsordnung, die dann auferlegt werden, wenn bei einem Wechsel des Studienganges oder des Studienortes mit abgeschlossenem Grund- oder Hauptstudium eine oder mehrere im neuen Studiengang an der Universität Potsdam vorgeschriebene Prüfungen noch nachzuholen sind. Ein Zeugnis darüber wird nicht ausgestellt, sondern nur eine vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterschriebene Bescheinigung darüber, daß damit die Gleichstellung des Kandidaten mit den Absolventen der entsprechenden Gesamtprüfung erfolgt.

(10) Die Meldung zu Anerkennungs- und Ausgleichsprüfungen erfolgt beim Prüfungsamt der Universität und wird gemäß den Vorschriften dieser Prüfungsordnung durchgeführt. Anerkennungsprüfungen können mit Genehmigung des Prüfungsausschusses auch außerhalb der normalen Prüfungszeiträume abgelegt werden.

§ 7 Prüfungsanspruch

(1) Die Prüfungen können auch vor Ablauf der festgesetzten Fristen abgelegt werden, sofern die für die Zulassung zur jeweiligen Prüfung erforderlichen Leistungen nachgewiesen werden.

(2) Wird die Zulassung zu einer Prüfung versagt, so ist der Kandidat spätestens vier Wochen nach der Antragstellung durch schriftlichen Bescheid des Prüfungsaus-

schusses davon zu unterrichten. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 8 Freiversuch

(1) Erstmals nichtbestandene Fachprüfungen der Diplomprüfung gelten als nicht unternommen, wenn die Erstversuche dieser Prüfungen innerhalb der Regelstudienzeit erfolgten (Freiversuch).

(2) Im Rahmen des Freiversuchs bestandene Fachprüfungen können zur Notenverbesserung innerhalb der Regelstudienzeit einmal wiederholt werden; dabei zählt das jeweils bessere Ergebnis.

(3) In Sonderfällen (wie z.B. Unterbrechung des Studiums wegen Krankheit oder eines anderen zwingenden Grundes, Studienzeiten im Ausland) werden bestimmte Zeiten nicht auf den Zeitpunkt des Freiversuchs angerechnet. Dies erfordert eine Genehmigung der Verlängerung durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses.

(4) Ein Freiversuch muß vor Antritt der Prüfung vom Kandidaten schriftlich als ein solcher erklärt werden.

§ 9 Prüfungsformen

(1) Prüfungsformen sind die Diplomarbeit (§ 24), die Klausurarbeiten (§ 10), die mündlichen Prüfungen (§ 11) und die prüfungsrelevanten Studienleistungen (§ 12). Schriftliche Prüfungen nach dem Multiple-choice-Verfahren sind ausgeschlossen.

(2) Gegenstand der Fachprüfungen sind die Stoffgebiete der den Prüfungsfächern nach Maßgabe der Studienordnung Informatik zugeordneten Lehrveranstaltungen. Der Prüfungsstoff soll durch die Bildung von Prüfungsschwerpunkten konzentriert werden, in denen das Verständnis des Kandidaten für die größeren Zusammenhänge sowie spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse exemplarisch geprüft werden können. Die Prüfungsanforderungen in den einzelnen Stoffgebieten sind soweit wie möglich konkret zu beschreiben, zu begrenzen und den Studierenden bekanntzugeben.

(3) Macht ein Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, daß er wegen länger anhaltender oder ständiger körperlicher Beschwerden nicht in der Lage ist, die Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, soll der Prüfungsausschuß gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen; entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 10 Klausurarbeiten

(1) Klausuren im Rahmen des Prüfungsverfahrens sind schriftliche Prüfungen, die unter Aufsicht in begrenzter Zeit von mindestens zwei und höchstens drei Stunden Dauer mit zugelassenen Hilfsmitteln durchgeführt werden. Eine abschließende Liste der zugelassenen Hilfsmittel

ist gleichzeitig mit der Ankündigung des Prüfungstermins bekanntzugeben. Über die Zulassung der Hilfsmittel entscheidet der vom Prüfungsausschuß benannte Prüfer, der die Arbeit auch begutachtet und benotet. Die Arbeit ist von zwei Gutachtern zu bewerten.

(2) Den Studierenden werden für die Klausur oder für einen Klausurteil (Stoffgebiet) von dem vom Prüfungsausschuß benannten Prüfer schriftlich drei Themen gestellt. Der Termin der Klausur wird den Studierenden mindestens 10 Tage vorher mitgeteilt.

(3) Wurde eine Klausurarbeit wiederholt und erneut mit "nicht ausreichend" bewertet, kann sich der Kandidat auf Antrag einer einmaligen mündlichen Ergänzungsprüfung unterziehen; eine Meldung beim Prüfungsamt der Universität ist hierbei nicht notwendig. Das dadurch ermittelte Ergebnis ("ausreichend" oder "nicht ausreichend") wird als Klausurnote gewertet.

(4) Die Klausuren sind in der Regel in deutscher Sprache zu schreiben.

§ 11 Mündliche Prüfungen

(1) Die mündlichen Prüfungen werden vor mindestens zwei Prüfern (Kollegialprüfung) oder vor einem Prüfer mit einem Beisitzer als Einzelprüfung abgelegt. Die Dauer der mündlichen Prüfung beträgt mindestens 30 Minuten, höchstens jedoch 60 Minuten im Einzelfall. Vor der Festsetzung der Note gemäß § 14 hört der Prüfer die anderen an einer Prüfung mitwirkenden Prüfer an.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfungen sind in einem Protokoll festzuhalten.

(3) Studierende, die sich der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden als Zuhörer zugelassen, solange und soweit die Durchführung der Prüfung dadurch nicht beeinträchtigt wird und der Kandidat nicht widerspricht. Die Zulassung der Öffentlichkeit erstreckt sich jedoch nicht auf die Beratung und Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse an die Kandidaten.

(4) Die mündliche Prüfung kann aus einem wichtigen Grund unterbrochen werden. Ein neuer Prüfungstermin ist so festzusetzen, daß die Prüfung unverzüglich nach Fortfall des Unterbrechungsgrundes stattfindet. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind anzurechnen. Eine erneute Anmeldung zur Prüfung ist in diesem Falle nicht erforderlich. Die Gründe, die zu Unterbrechung einer Prüfung geführt haben, werden dem Prüfungsausschuß mitgeteilt.

§ 12 Prüfungsrelevante Studienleistungen

(1) Für die Diplom-Vorprüfung können anstelle der Klausur oder der mündlichen Prüfung studienbegleitende benotete Leistungsnachweise vorgesehen werden, wenn die Studienleistung nach Anforderung und Verfahren einer Prüfungsleistung gleichwertig ist. Es können bis zu

drei prüfungsrelevante Studienleistungen zu einer Fachnote zusammengefaßt werden; die Benotung richtet sich dann nach § 14 Abs. 2 und 3 dieser Prüfungsordnung, wobei jede einzelne Prüfungsleistung mit mindestens "ausreichend" bewertet sein muß.

(2) In begründeten Einzelfällen können abweichende Prüfungsformen zugelassen werden; die Entscheidung darüber trifft der Prüfungsausschuß.

§ 13 Zusatzprüfungen

(1) Die Studierenden können sich im Rahmen der Diplom-Vorprüfung oder der Diplomprüfung außer in den vorgeschriebenen Fachprüfungen auch in zusätzlich gewählten Fächern prüfen lassen.

(2) Diese Prüfungen unterliegen den allgemeinen Bestimmungen desjenigen Studienganges, in dem diese Prüfungen abgelegt werden. Die Ergebnisse dieser Prüfungen werden auf Antrag des Kandidaten in das Zeugnis aufgenommen, bei der Berechnung der Gesamtnote jedoch nicht berücksichtigt. Die Prüfungsmeldung zu einer Zusatzprüfung muß spätestens vor Abschluß der letzten vorgeschriebenen Prüfungsleistung erfolgen.

§ 14 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen Prüfern festgesetzt. Für die Bewertung der Prüfungsleistungen sind folgende Noten zu verwenden:

- 1 = sehr gut (eine hervorragende Leistung)
- 2 = gut (eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt)
- 3 = befriedigend (eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht)
- 4 = ausreichend (eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt)
- 5 = nicht ausreichend (eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt)

Die Noten können zur besseren Differenzierung um 0,3 erhöht oder erniedrigt werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind dabei ausgeschlossen.

(2) Bei der Bildung von Fachnoten als arithmetisches Mittel aus den Noten mehrerer einzelner Teilprüfungsleistungen wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

(3) Die Noten in den Fachprüfungen lauten:

sehr gut	bei einem Durchschnitt bis 1,5,
gut	bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5,
befriedigend	bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5,
ausreichend	bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0,
nicht ausreichend	bei einem Durchschnitt über 4,0.

§ 15 Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse

Ergebnisse von Prüfungen werden den Kandidaten nach Abschluß einer Prüfung im Fach bzw. nach der Diplomprüfung bekanntgegeben. Entscheidungen, die den Erfolg einer Prüfung verneinen, werden dem Kandidaten außerdem schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung mitgeteilt.

§ 16 Zeugnisse, Urkunden, Bescheinigungen

(1) Nach dem erfolgreichen Abschluß der Diplom-Vorprüfung und dem erfolgreichen Abschluß der Diplomprüfung wird jeweils ein Zeugnis ausgestellt. Die Zeugnisse enthalten die Angabe der einzelnen Fachnoten und die Gesamtnote, die Namen der einzelnen Prüfer, sowie im Falle des § 13 Abs. 2 die Note/n der Zusatzprüfung/en. Das Zeugnis der Diplomprüfung enthält darüber hinaus das Thema und die Note der Diplomarbeit. Auf Antrag des Kandidaten können auch die im Fachstudiengang bis zum Abschluß der Diplomprüfung benötigte Studiendauer und die Notenangabe in Ziffern in das Zeugnis aufgenommen werden.

(2) Wurden im Zeugnis anzugebende Leistungen nicht im Fachstudiengang oder nicht an der Universität Potsdam erbracht, so wird dies im Zeugnis vermerkt.

(3) Das Zeugnis wird mit dem Datum des Tages ausgestellt, an dem die letzte zu der betreffenden Prüfung gehörende Leistung erbracht wurde, und vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet. Es trägt das Siegel der Universität Potsdam.

(4) Neben dem Zeugnis über die Diplomprüfung wird mit gleichem Datum eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Diplomgrades "Diplom-Informatiker" bzw. "Diplom-Informatikerin" ausgestellt. Die Urkunde wird vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und vom Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät unterzeichnet. Die Urkunde trägt das Siegel der Universität Potsdam.

(5) Mit der Aushändigung der Urkunde wird die Berechtigung zur Führung des jeweiligen akademischen Grades erworben.

(6) Über den erfolgreichen Abschluß von Teilprüfungen, Zusatz- und Ausgleichsprüfungen wird auf Antrag des Kandidaten eine Bescheinigung ausgestellt, die vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet wird. Hat der Kandidat die Prüfung nicht bestanden, enthält solche Bescheinigung auch die Angabe, daß die Prüfung nicht bestanden wurde und welche Prüfungsleistungen noch fehlen.

§ 17 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit "nicht ausreichend" bewertet, wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt.

Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Bearbeitungszeit erbracht wird.

(2) Die für das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfer und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten ist die Vorlage eines ärztlichen Attestes innerhalb von fünf Werktagen erforderlich; der Prüfungsausschuß kann in Einzelfällen die Vorlage eines amtsärztlichen Attestes verlangen. Werden die Gründe anerkannt, so wird ein neuer Termin anberaunt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Die Kandidaten haben das Recht, bis spätestens zwei Wochen vor dem Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen von der Prüfung zurückzutreten.

(4) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die entsprechende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit "nicht ausreichend" bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuß den Kandidaten von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen. Die Entscheidung trifft der Prüfungsausschuß nach Anhörung des Kandidaten.

(5) Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind dem Kandidaten unverzüglich schriftlich mit Begründung und Rechtsbehelfsbelehrung mitzuteilen.

Teil 2 Diplom-Vorprüfung

§ 18 Ziel, Umfang und Formen der Diplom-Vorprüfung

(1) Durch die Diplom-Vorprüfung sollen die Kandidaten nachweisen, daß sie das Ziel des Grundstudiums erreicht und sich insbesondere die inhaltlichen Grundlagen der Informatik angeeignet haben. Sie weisen nach, daß sie über ein methodisches Instrumentarium verfügen und sich eine systematische Orientierung erworben haben, die erforderlich sind, um das weitere Studium der Informatik mit Erfolg zu betreiben.

(2) Die Diplom-Vorprüfung besteht aus den mündlichen Fachprüfungen oder Klausuren

1. Algorithmen, Daten, Programme (ADP)
2. Grundlagen der Softwareentwicklung (GS)
3. Grundlagen der Technischen Informatik (GTI)
4. Mathematik (M), bestehend aus den Teilprüfungen oder Klausuren (s. § 14 Abs. 2)
M1/2 Algebra und diskrete Mathematik
M3/4 Analysis und numerische Mathematik
M5 Stochastik

5. Wahlpflichtfach (entsprechend der Prüfungsordnung des jeweiligen Wahlpflichtfaches) (WPF1).

(3) Die Fachprüfungen der Diplom-Vorprüfung und ihre Teilprüfungen werden in der Regel studienbegleitend in den Prüfungszeiträumen am Ende der jeweiligen Lehrveranstaltungen des Grundstudiums durchgeführt. Die Diplom-Vorprüfung ist im Regelfall bis zum Beginn der Vorlesungszeit des fünften Semesters abzuschließen. Eine vorgezogene Fachprüfung ist nur statthaft, wenn die Lehrinhalte des Prüfungsfaches nach Maßgabe der jeweiligen Studienordnung in vollem Umfang nachgewiesen wurden.

(4) Die Prüfungszeiträume und die Prüfungsformen (mündliche Prüfung oder Klausur) werden vom Prüfungsausschuß festgesetzt und in dem dem Prüfungszeitraum vorangehenden Semester zusammen mit den Meldeterminen vom Prüfungsamt veröffentlicht. Wiederholungsprüfungen sind stets als mündliche Prüfungen abzugeben.

§ 19 Antrag auf Zulassung zur Diplom-Vorprüfung

(1) Vor der ersten Teilnahme an einer Fachprüfung der Diplom-Vorprüfung ist beim Prüfungsamt der Universität schriftlich ein Antrag auf Zulassung zur Diplom-Vorprüfung zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:

- Der Nachweis der Immatrikulation an der Universität Potsdam im Studiengang Informatik;
- die Bescheinigung über die Teilnahme an der vorgeschriebenen Studienberatung; zum Erwerb dieser Bescheinigung wird eine der Studienberatung dienende Vorlesung zu Beginn des ersten Semesters angeboten;
- eine Erklärung des Kandidaten, daß ihm diese Prüfungsordnung bekannt ist;
- eine Erklärung, ob er bereits eine Diplom-Vorprüfung in demselben Studiengang an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat oder ob er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(2) Für die Zulassung zu studienbegleitenden Fachprüfungen und ihren Teilprüfungen sind die folgenden Leistungsnachweise (Scheine) erforderlich:

- ADP Algorithmen, Daten, Programme
- GTI 1/2 Physikalisch-technische Grundlagen der Informatik
- GTI 3 Rechnerarchitektur
- GTI 4 Rechnernetze
- GS 1 Grundlagen der Softwareentwicklung
- M 1/2 Algebra und diskrete Mathematik
- M 3/4 Analysis und numerische Mathematik
- M5 Stochastik
- WPF1 Wahlpflichtfach entsprechend der Prüfungsordnung des jeweiligen Wahlpflichtfaches

(3) Die Anmeldung zu den Fachprüfungen der Diplom-Vorprüfung und ihren Teilprüfungen erfolgt beim Prüfungsamt der Universität. Die Meldetermine werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgegeben.

(4) Es sind jeweils nur die zu der beabsichtigten Prüfung gehörenden Unterlagen einzureichen. Ist es dem Kandidaten nicht möglich, diese in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(5) Die Diplom-Vorprüfung ist mit der letzten Fachprüfung, die Bestandteil der Diplom-Vorprüfung ist, abgeschlossen. Über die Zulassung zur Diplom-Vorprüfung und ihren Bestandteilen entscheidet der Prüfungsausschuß.

§ 20 Ergebnis der Diplom-Vorprüfung, Gesamtnote

(1) Die Prüfungsleistungen werden vom jeweiligen Prüfer mit einer Note gemäß § 14 bewertet.

(2) Die Diplom-Vorprüfung ist bestanden, wenn das Prädikat jeder Fachnote mindestens "ausreichend" lautet.

(3) Sind die Fachprüfungen bestanden, so wird aus allen Fachnoten die Gesamtnote durch arithmetische Mittelbildung gemäß § 14 Abs. 2 gebildet.

§ 21 Wiederholung der Diplom-Vorprüfung

(1) Eine Fachprüfung oder Teilprüfung, die nicht mindestens mit "ausreichend" bewertet wurde, kann bis zu zweimal wiederholt werden.

(2) In Prüfungsfächern, die nur aus schriftlichen Prüfungsleistungen bestehen, findet die zweite Wiederholungsprüfung grundsätzlich als mündliche Prüfung statt.

(3) Die Wiederholungsprüfung sollte spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abgelegt werden.

Teil 3 Diplomprüfung

§ 22 Formen der Diplomprüfung

(1) Die Diplomprüfung besteht aus der Diplomarbeit sowie den folgenden komplexen Fachprüfungen (mündliche Prüfungen oder Klausuren):

1. Theoretische Informatik (TI)
2. Praktische/Angewandte Informatik (PAI)
3. eine Fachprüfung in einem wahlobligatorischen Vertiefungsfach der Informatik (OVI 1 oder OVI 2)
4. einer Fachprüfung im Wahlpflichtfach (WPF2) entsprechend der Prüfungsordnung des jeweiligen Wahlpflichtfaches oder einer Fachprüfung in einem wahlfreien Fach (WF)

Das Erbringen prüfungsrelevanter Studienleistungen und schriftliche Prüfungsleistungen im Multiple-choice-Verfahren sind in der Diplomprüfung nicht möglich.

(2) Der Prüfungsstoff soll durch die Bildung von Prüfungsschwerpunkten konzentriert werden, in denen das Verständnis des Kandidaten für die größeren Zusammenhänge sowie spezielle Fähigkeiten und Kenntnisse exemplarisch geprüft werden können. Die Prüfungsanforderungen in den einzelnen Stoffgebieten sind soweit wie möglich konkret zu beschreiben, zu begrenzen und den Studierenden bekanntzugeben.

(3) Die Fachprüfungen der Diplomprüfung werden in den Prüfungszeiträumen am Ende der jeweiligen Lehrveranstaltungen des Hauptstudiums durchgeführt. Die Diplomprüfung ist im Regelfall bis zum Beginn der Vorlesungszeit des neunten Semesters abzuschließen. Eine vorgezogene Fachprüfung ist nur statthaft, wenn die Lehrinhalte des Prüfungsfaches nach Maßgabe der Studienordnung Informatik bzw. der Studienordnung des jeweiligen Wahlpflichtfaches in vollem Umfang nachgewiesen wurden.

(4) Die Prüfungszeiträume und die Prüfungsformen (mündliche Prüfung oder Klausur) werden vom Prüfungsausschuß festgesetzt und in dem dem Prüfungszeitraum vorangehenden Semester zusammen mit den Meldeterminen vom Prüfungsamt veröffentlicht. Wiederholungsprüfungen sind stets als mündliche Prüfungen abulegen.

§ 23 Antrag auf Zulassung zur Diplomprüfung

(1) Vor der ersten Teilnahme an einer Fachprüfung der Diplomprüfung ist beim Prüfungsamt der Universität schriftlich ein Antrag auf Zulassung zur Diplomprüfung zu stellen. Dem Antrag sind beizufügen:

- Der Nachweis der Immatrikulation an der Universität Potsdam im Studiengang Informatik;
- der Nachweis darüber, daß die Diplom-Vorprüfung im Studiengang Informatik erfolgreich abgelegt wurde;
- die Bescheinigung über die Teilnahme an der vorgeschriebenen Studienberatung; zum Erwerb dieser Bescheinigung werden jährliche, der Studienberatung dienende Vorlesungen zu Beginn des Wintersemesters angeboten;
- eine Erklärung des Kandidaten, daß ihm diese Prüfungsordnung bekannt ist;
- eine Erklärung, ob er bereits eine Diplomprüfung in demselben Studiengang an einer Universität oder einer gleichgestellten Hochschule im Geltungsbereich des Hochschulrahmengesetzes endgültig nicht bestanden hat oder ob er sich in einem schwebenden Prüfungsverfahren befindet.

(2) Über die Zulassung zur Diplomprüfung und ihren Bestandteilen entscheidet der Prüfungsausschuß.

(3) Für die Zulassung zu den Fachprüfungen sind die folgenden Leistungsnachweise (Scheine) erforderlich:

- TI 2/3 Theoretische Informatik und Compilertechnik
- TI 4/5 Logische und funktionale Programmierung und Künstliche Intelligenz
- PAI 1/2 Software-Konstruktion/Softwareprojekt
- PAI 3/4 Datenbanken
- PAI 5/6 Betriebssysteme
- WPF 2 ein Schein im Wahlpflichtfach entsprechend der Prüfungsordnung des jeweiligen Wahlpflichtfaches
- GB Großer Beleg (gemäß § 8 Studienordnung)

(4) Die Anmeldung zu den Fachprüfungen der Diplomprüfung erfolgt beim Prüfungsamt der Universität. Die Meldetermine werden rechtzeitig durch Aushang bekanntgegeben.

(5) Es sind jeweils nur die zu der beabsichtigten Prüfung gehörenden Unterlagen einzureichen. Ist es dem Kandidaten nicht möglich, diese in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuß gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(6) Die Diplomprüfung ist mit der letzten Fachprüfung, die Bestandteil der Diplomprüfung ist, abgeschlossen.

§ 24 Diplomarbeit

(1) Die Diplomarbeit soll zeigen, daß der Kandidat in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem der Informatik oder der Anwendungen der Informatik nach wissenschaftlichen Methoden selbständig zu bearbeiten und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) Das Thema der Diplomarbeit wird von dem vom Prüfungsausschuß dafür bestellten Hochschullehrer gestellt. Soll die Diplomarbeit außerhalb des Instituts für Informatik durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Die Kandidaten können für das Thema Vorschläge einreichen; dies begründet jedoch keinen Anspruch. Das Thema und die Aufgabenstellung für die Diplomarbeit müssen so lauten, daß die zur Bearbeitung vorgesehene Frist eingehalten werden kann.

(3) Die Ausgabe des Themas erfolgt durch einen Hochschullehrer über das Prüfungsamt. Der Zeitpunkt der Ausgabe wird dort aktenkundig gemacht. Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Ablieferung der Arbeit darf sechs Monate nicht überschreiten. Die Frist läuft vom Tage der Ausgabe beim Prüfungsamt an. Sie wird durch die Abgabe der Diplomarbeit beim Prüfungsamt gewahrt.

(4) Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb der ersten zwei Monate der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden. Ein Antrag über die Neuausgabe eines Themas ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu stellen.

(5) Versäumt der Kandidat die Abgabefrist schuldhaft, so gilt die Arbeit als mit "nicht ausreichend" (5,0) bewertet. Liegt ein wichtiger Grund für das Versäumen der Frist

vor, kann auf Antrag des Kandidaten an den Prüfungsausschuß der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Rücksprache mit dem Betreuer eine einmalige Fristverlängerung bis zu einem Monat, im Krankheitsfall entsprechend der Dauer der Krankschreibung, gewähren.

(6) Die Diplomarbeit ist eine für die Diplomprüfung eigens angefertigte Arbeit in deutscher Sprache. In einzelnen, begründeten Ausnahmefällen kann der Prüfungsausschuß auf Antrag des Kandidaten und nach Anhörung des Betreuers die Anfertigung der Diplomarbeit auch in einer anderen Sprache zulassen. Ist die Arbeit in einer Fremdsprache verfaßt, muß sie als Anhang eine kurze Zusammenfassung in deutscher Sprache enthalten.

(7) Die Diplomarbeit ist mit Computer geschrieben und gebunden in drei Exemplaren sowie auf Diskette gespeichert vorzulegen. Sie ist mit Seitenzahlen, einem Inhaltsverzeichnis und einem Verzeichnis der benutzten Quellen und Hilfsmittel zu versehen. Die Passagen der Arbeit, die fremden Werken wörtlich oder sinngemäß entnommen sind, müssen unter Angabe der Quellen gekennzeichnet sein. Die Arbeit soll in der Regel 60 Seiten DIN A 4 nicht überschreiten. Am Schluß der Arbeit hat der Kandidat zu versichern, daß er sie selbstständig verfaßt sowie keine anderen Quellen und Hilfsmittel als die angegebenen benutzt hat. Auf der Diskette muß in einer ASCII-Datei `read.me` beschrieben sein, mit welchem Textverarbeitungssystem die Arbeit geschrieben wurde und in welchem Format sie abgelegt ist.

(8) Die Diplomarbeit kann vom themenstellenden Betreuer in Ausnahmefällen, über die der Prüfungsausschuß entscheidet, auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen Kandidaten aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und den generellen Anforderungen entspricht.

(9) Die Arbeit wird nach Abgabe der Gutachten öffentlich vorgetragen und diskutiert. In dem Diplom-Vortrag weist der Kandidat nach, daß er in der Lage ist, die Problemstellung und den Lösungsweg in einem Vortrag verständlich darzulegen, auf Fragen zu antworten, auf Kritiken sachkundig zu einzugehen und sie ggf. mit Argumenten zurückzuweisen.

(10) Die Diplomarbeit wird von zwei Gutachtern bewertet. Der Prüfer, der das Thema der Diplomarbeit gestellt hat, begutachtet die Arbeit schriftlich und begründet seine Benotung gemäß § 14. Der zweite Gutachter wird vom Prüfungsausschuß bestellt. Beträgt die Differenz in der Bewertung 2,0 oder mehr, oder bewertet nur einer der beiden Prüfer die Arbeit mit "nicht ausreichend", kann vom Prüfungsausschuß ein dritter Prüfer zur Bewertung der Diplomarbeit bestellt werden. In diesem Fall wird die Note der Diplomarbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen gebildet. Die Diplomarbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der drei Noten "ausreichend" oder besser sind.

§ 25 Ergebnis der Diplomprüfung, Gesamtnote

(1) Die Prüfungsleistungen werden vom jeweiligen Prüfer mit einer Note gemäß § 14 bewertet. Die Diplomprüfung ist bestanden, wenn das Prädikat jeder Fachnote und der Diplomarbeit mindestens "ausreichend" lautet.

(2) Sind die Fachprüfungen bestanden, so wird aus allen Fachnoten und der Note der Diplomarbeit die Gesamtnote durch arithmetische Mittelbildung gebildet. Dabei wird die Diplomarbeit mit dem Wichtungsfaktor 3 versehen.

(3) Die Gesamtnote lautet:

sehr gut	bei einem Durchschnitt bis 1,5
gut	bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5
befriedigend	bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5
ausreichend	bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0
nicht bestanden	bei einem Durchschnitt über 4,0.

(4) Bei einem Notendurchschnitt von unter 1,3 wird wegen hervorragender Leistungen das Gesamturteil "Mit Auszeichnung" vergeben.

(5) Bei der Bildung der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle hinter dem Komma berücksichtigt; alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen.

§ 26 Wiederholung der Diplomprüfung

(1) Wird eine Fachprüfung oder die Diplomprüfung insgesamt nicht bestanden, so kann sie, mit Ausnahme der Diplomarbeit, in der Regel innerhalb eines Jahres bis zu zweimal wiederholt werden.

Die Wiederholung einer bestandenen Fach- oder Teilprüfung ist nur im Rahmen des Freiversuches zulässig. Eine Änderung des Wahlpflichtfaches ist dabei nicht möglich. In Prüfungsfächern, die nur aus schriftlichen Prüfungsleistungen bestehen, findet die zweite Wiederholungsprüfung grundsätzlich als mündliche Prüfung statt.

(2) Eine mit "nicht ausreichend" bewertete Diplomarbeit kann nur einmal, und zwar mit neuem Thema, wiederholt werden. Die Ausgabe des Themas erfolgt spätestens drei Monate nach dem endgültigen Urteil über die erste Arbeit. Eine Rückgabe des Themas ist nur dann zulässig, wenn bei der Anfertigung der ersten Diplomarbeit von dieser Möglichkeit kein Gebrauch gemacht wurde.

Teil 4

§ 27 Einsicht in die Prüfungsakten

Innerhalb eines Jahres nach Abschluß des Prüfungsverfahrens wird dem Kandidaten auf Antrag Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die darauf bezogenen Gutachten der Prüfungen und in die Prüfungsprotokolle gewährt.

§ 28 Ungültigkeit der Prüfung

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, kann der Prüfungsausschuß im Benehmen mit dem Rat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät nachträglich die betroffenen Noten entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne daß der Kandidat täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuß im Benehmen mit dem Rat der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät über die Rücknahme des Zeugnisses.

(3) Dem Kandidaten ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und ggf. ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die Diplomurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für "nicht bestanden" erklärt wurde. Eine Entscheidung nach den Absätzen 1 und 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen. Diese Vorschriften gelten auch für die Ausstellung von Bescheinigungen.

(5) Die Bestimmungen über die Entziehung von akademischen Graden bleiben unberührt.

§ 29 Inkrafttreten

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studierenden, die nach Inkrafttreten dieser Ordnung im Diplomstudiengang Informatik an der Universität Potsdam immatrikuliert werden. Die Studierenden, die ihr Studium bereits vor Inkrafttreten dieser Ordnung begonnen haben, können innerhalb der nächsten vier Semester wählen, ob sie ihre Diplom-Vorprüfung und Diplomprüfung nach den bisherigen vorläufigen Prüfungsbestimmungen oder gemäß dieser Ordnung ablegen wollen.

(2) Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft.

**Vorläufige Studienordnung für das Teiler-
gänzungsstudium im Sonderprogramm
" Weiterqualifikation brandenburgischer
Lehrerinnen und Lehrer "
in den sonderpädagogischen Fachrichtungen
Geistigbehindertenpädagogik oder
Verhaltensgestörtenpädagogik**

Vom 06. April 1995

Der Senat der Universität Potsdam hat auf der Grundlage des § 91 Abs. 1 Nr. 1 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BBHG) vom 24. Juni 1991 (GVBl. S. 156) am 6. April 1995 folgende Studienordnung für das Teilergänzungsstudium im Sonderprogramm "Weiterqualifikation brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer" in den sonderpädagogischen Fachrichtungen Geistigbehindertenpädagogik oder Verhaltensgestörtenpädagogik erlassen:^{1 2}

Übersicht

I. ALLGEMEINER TEIL

- § 1 Ziele und Besonderheiten des Studiengangs
- § 2 Zulassungsvoraussetzungen
- § 3 Studienberatung und Anrechnungstatbestände
- § 4 Umfang und zeitliche Struktur des Teilergänzungsstudiums
- § 5 Leistungsnachweise und Testate
- § 6 Zwischenprüfung
- § 7 Abschlußprüfung

II. BESONDERER TEIL

- § 8 Umfang des Studienganges
- § 9 Besondere Zulassungsbedingungen
- § 10 Inhaltliche Studienstruktur
- § 11 Leistungsnachweise und Prüfungen
- § 12 Inkrafttreten

I. ALLGEMEINER TEIL

§ 1 Ziele und Besonderheiten des Studiengangs

(1) Der Studiengang versteht sich inhaltlich und organisatorisch als ein Modell zur Innovation der Lehrerweiterbildung. Er ist für in der Schule tätige Lehrerinnen und Lehrer bestimmt, die die Qualifikation in einer sonderpädagogischen Fachrichtung erwerben wollen. Der berufsbegleitende Charakter der Studien bedingt eine enge Verzahnung von fachwissenschaftlichen Inhalten

¹ Vom MWFK mit Schreiben vom 10. Oktober 1995 zustimmend zur Kenntnis genommen.

² Weibliche Amts- und Funktionsträgerinnen sowie Kandidatinnen führen weibliche Bezeichnungen. Aus Gründen der sprachlichen Vereinfachung und zur besseren Lesbarkeit wird im nachfolgenden Text die männliche Form verwendet.

und schulischer Praxis mit entsprechenden Konsequenzen für das Curriculum. Das Studium wird auf Halbjahresbasis durchgeführt und ist inhaltlich in Studienbausteine gegliedert.

Die Studieninhalte berücksichtigen:

- didaktische Anteile von rund 25 %;
- integrative Lehrveranstaltungen;
- Bausteine, die der Studienevaluation und -innovation dienen.

Beim Lehrangebot dieser Erwachsenenqualifizierung ist der beruflichen Situation und den Interessen der Teilnehmer - soweit fachlich vertretbar - entgegenzukommen. Entsprechende Möglichkeiten zur Mitwirkung bei der Studiengestaltung sind zu schaffen.

(2) Das Studium erfolgt vorwiegend in Form von Seminaren, Übungen, in Gruppenarbeit, in Blockveranstaltungen und im angeleiteten Fernstudium. Die in der Studienordnung ausgewiesenen Selbststudienanteile werden kontinuierlich durch Dozenten und Mentoren betreut. Die Teilnehmer werden zu Kursen zusammengefaßt.

(3) Um den Teilnehmern das Studium zu erleichtern, werden die Lehrveranstaltungen in der Regel dezentral an mehreren Orten im Land Brandenburg angeboten. Eröffnungsveranstaltungen, grundlegende Vorlesungen und Einzelveranstaltungen zu ausgewählten Studienbestandteilen können auch zentral durchgeführt werden.

(4) Träger des Studiums ist der "Verein zur Weiterqualifizierung brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer (e. V.)", in dem die Universität Potsdam, die für Bildung und den Wissenschaftsbereich zuständigen Ministerien und das Pädagogische Landesinstitut Brandenburg zusammenarbeiten. Das durch den Verein realisierte Sonderprogramm ist eine Einrichtung der Lehrerweiterbildung.

§ 2 Zulassungsvoraussetzungen

(1) Voraussetzungen zur Zulassung für den Studiengang Sonderpädagogik im Sonderprogramm "Weiterqualifizierung brandenburgischer Lehrerinnen und Lehrer" sind eine Lehrbefähigung gemäß § 71 Abs. 1 Erstes Schulreformgesetz, die Tätigkeit als Lehrkraft des Landes Brandenburg und die Zustimmung des Staatlichen Schulamtes zum Studium. Die Ergebnisse der obligatorischen Studienberatung (s. § 3) können dazu führen, daß vor der Studienaufnahme oder begleitend weitere studienvorbereitende Voraussetzungen erbracht werden müssen.

(2) Über Ausnahmen entscheidet das für Bildung zuständige Ministerium im Einvernehmen mit der Universität Potsdam und dem Trägerverein für das Sonderprogramm.

(3) Nach der Zulassung werden die Teilnehmer an der Universität Potsdam mit allen studentischen Rechten und Pflichten immatrikuliert.

§ 3 Studienberatung und Anrechnungstatbestände

(1) Vor der Aufnahme in den Studiengang findet eine obligatorische Studienberatung statt. In ihr werden die Studienvoraussetzungen geklärt und möglicherweise noch notwendige Vorbereitungen festgelegt.

(2) Bereits erbrachte Fort- und Weiterbildungsleistungen oder vorhandene Qualifikationen können auf das Studium angerechnet werden, sofern sie den in dieser Studienordnung festgelegten Anforderungen entsprechen. Die Entscheidung darüber trifft das Landesprüfungsamt (§ 11 Abs. 2 der Lehramtsprüfungsordnung des Landes Brandenburg).

§ 4 Umfang und zeitliche Struktur des Teilergänzungsstudiums

(1) Der Umfang des Studiums ist im Teil II "Besonderer Teil" dieser Studienordnung in Halbjahreswochenstunden (HWS) ausgewiesen und auf Semesterwochenstunden (SWS) berechnet. Die Studiengebiete des Teilergänzungsstudiums sind nach Studienhalbjahren aufgeschlüsselt.

(2) Das Studium ist in ein Grund- und Hauptstudium unterteilt und umfaßt insgesamt vier Studienhalbjahre. Der Abschluß des Grundstudiums ist durch eine Zwischenprüfung nachzuweisen.

(3) Im Grundstudium werden vorwiegend die sonderpädagogischen Grundwissenschaften studiert. Für das Studium der sonderpädagogischen Fachrichtung stehen mindestens zwei Studienhalbjahre des Hauptstudiums zur Verfügung.

§ 5 Leistungsnachweise und Testate

(1) Vier benotete Leistungsnachweise auf der Grundlage einer dokumentierten Leistung müssen im Grundstudium erworben werden. Sie sind im Hinblick auf die Zwischenprüfung prüfungsgrelevant. Wenn die Fachrichtung als erste sonderpädagogische Fachrichtung studiert wird, sind im Hauptstudium drei Leistungsnachweise zu erwerben. Wird sie als zweite sonderpädagogische Fachrichtung studiert, müssen zwei Leistungsnachweise in verschiedenen Teilgebieten des Hauptstudiums erworben werden. Die Leistungsnachweise werden zu einzelnen Studieninhalten erbracht (s. Teil II. „Besonderer Teil“ dieser Studienordnung und Anlagen). Im Fall nicht erfolgreich erbrachter Leistungsnachweise ist eine Wiederholung bis zu zweimal möglich.

(2) Alle Veranstaltungen müssen hinsichtlich ihrer regelmäßigen und aktiven Teilnahme testiert werden. Die Testate haben die üblichen Bedingungen einer aktiven Teilnahme zur Grundlage (z.B. Vor- und Nachbereitung, Thesenpapiere, fachpraktische Aufgaben u. ä.), die alle Studierenden ungeachtet des Erwerbs von benoteten Leistungsnachweisen erfüllen müssen. Die nähere Festlegung obliegt den für den jeweiligen Studienbaustein verantwortlichen Lehrkräften.

(3) Der Erwerb notwendiger Kompetenzen in der sonderpädagogischen Förderdiagnostik wird durch ein Zertifikat "Diagnostik/Begutachtung" nachgewiesen. Dieses Zertifikat kann auch als Leistungsnachweis des Hauptstudiums eingereicht werden.

(4) Leistungsnachweise und Testate müssen von den Teilnehmern als Belege für die Erfüllung von Prüfungsvoraussetzungen aufbewahrt werden.

(5) Verhinderungen von Teilnehmern werden mit Begründungen akzeptiert, die auch ein Fehlen im Schuldienst begründen würden oder bestätigte schulische Verpflichtungen zum Gegenstand haben.

§ 6 Zwischenprüfung

Mit der Zwischenprüfung wird das Grundstudium abgeschlossen. Sie besteht kumulativ aus den vier Leistungsnachweisen des Grundstudiums. Unter der Voraussetzung, daß alle vier Leistungsnachweise mit mindestens "ausreichend (4,0)" benotet sind, wird eine Bescheinigung über den erfolgreichen Abschluß des Grundstudiums ausgestellt (Äquivalenzbescheinigung).

§ 7 Abschlußprüfung

(1) Die Abschlußprüfung nach § 71 Abs. 3 Erstes Schulreformgesetz wird als Teilergänzungsprüfung vom Landesprüfungsamt des Landes Brandenburg gemäß der geltenden Lehramtsprüfungsordnung abgenommen.

(2) Wenn ein Studium in einer zweiten sonderpädagogischen Fachrichtung erfolgreich abgeschlossen worden ist, kann die Ergänzungsprüfung zum Erwerb der Befähigung für das Lehramt der Sonderpädagogik vor dem Landesprüfungsamt abgelegt werden.

II. BESONDERER TEIL

§ 8 Umfang des Studienganges

Der Studiengang Sonderpädagogik im Sonderprogramm Weiterqualifizierung umfaßt ca. 55 SWS in den sonderpädagogischen Grundwissenschaften und in einer sonderpädagogischen Fachrichtung und dauert in der Regel vier Halbjahre.

§ 9 Besondere Zulassungsbedingungen

(1) Als besondere Zulassungsbedingung für den Studiengang Sonderpädagogik wird gefordert, daß ein mindestens sechswöchiges Informationspraktikum an einer Förderschule oder in einer integrativ arbeitenden Klasse, die der gewählten sonderpädagogischen Fachrichtung entspricht, absolviert wurde oder während des Grundstudiums absolviert wird (§ 3 der Ergänzungsprüfungsordnung Sonderpädagogik).

(2) Nachgewiesen werden müssen, wenn die Zugangsbechtigung eine Lehrbefähigung nach dem Recht der DDR ist, entweder zwei fachliche Lehrbefähigungen in Fächern der Primarstufe oder eine fachliche Lehrbefähigung für die Sekundarstufe I oder II nach Maßgabe der gültigen Stundentafeln für die brandenburgischen Schulen.

(3) In der obligatorischen Studienberatung vor Aufnahme des Studiums werden im Einzelfall für Ausnahmeregelungen nach § 1 Abs. 3 der Ergänzungsprüfungsordnung Sonderpädagogik notwendige Zulassungsvoraussetzungen geprüft und nach Abstimmung mit dem Institut für Sonderpädagogik der Universität Potsdam dem für Bildung zuständigen Ministerium zur Entscheidung vorgelegt. Über das Ergebnis ergeht ein schriftlicher Bescheid über den Studienträger.

§ 10 Inhaltliche Studienstruktur

Studiert werden:

- sonderpädagogische Grundwissenschaften;
- Geistigbehindertenpädagogik oder Verhaltensgestörtenpädagogik als erste oder zweite sonderpädagogische Fachrichtung;

jeweils einschließlich Integrationspädagogik.

Der Studiengang besteht aus folgenden Studienbereichen:

1. Pädagogische und sonderpädagogische Grundlagen;
2. Medizinische, neurophysiologische und psychologische Grundlagen;
und
3. Grundlagen der Geistigbehindertenpädagogik;
4. Unterricht und spezielle Fördermaßnahmen bei geistigen Behinderungen;
oder
5. Grundlagen und Zielgruppen der Verhaltensgestörtenpädagogik,
6. Unterricht und pädagogisch-therapeutische Maßnahmen bei Verhaltensstörungen.

Die zugehörigen Teilgebiete und Bausteine sind aus der Anlage 1 „Übersicht Studiengang Sonderpädagogik“ ersichtlich. Das Grundstudium und das Hauptstudium erstrecken sich über jeweils zwei Halbjahre.

§ 11 Leistungsnachweise und Prüfungen

(1) Im Grundstudium sind vier benotete Leistungsnachweise aus Teilgebieten der Studienbereiche

1. Pädagogische und sonderpädagogische Grundlagen;
2. medizinische, neurophysiologische und psychologische Grundlagen und
3. Grundlagen-(und Zielgruppen) der Geistigbehindertenpädagogik oder
5. Grundlagen und Zielgruppen der Verhaltensgestörtenpädagogik
zu erbringen.

(2) Im Hauptstudium sind drei bzw. zwei benotete Leistungsnachweise aus Teilgebieten der Studienbereiche

2. Medizinische, neurophysiologische und psychologische Grundlagen;
3. Grundlagen (und Zielgruppen) der Geistigbehindertenpädagogik und
4. Unterricht und spezielle Fördermaßnahmen bei geistigen Behinderungen oder
5. Grundlagen und Zielgruppen der Verhaltensgestörtenpädagogik und
6. Unterricht und pädagogisch-therapeutische Maßnahmen bei Verhaltensstörungen
zu erbringen.

§ 12 Inkrafttreten

Die Studienordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Potsdam in Kraft und gilt für alle Studierenden, die seit dem Winterhalbjahr 1994/95 das Studium der Sonderpädagogik aufgenommen haben.

Anlage I

Übersicht Studiengang Sonderpädagogik

Studienabschnitt	Studienhalbjahr	Studienbereich	Teilgeb. Nr.	Bausteine	HWS	vorges. Veransth. form	Leistungsnachweis		
Grundstudium	1. + 2. 24 HWS d. h. ca. 30 SWS	Pädagogische und sonderpädagogische Grundlagen 10 HWS wahlweise L Medizinische, neurophysiologische und psychologische Grundlagen 8 HWS wahlweise L Grundlg. d. Geistigbehindertepädag. 4 HWS/ 1L Unterricht u. spez. Fördermaßnahmen 2 HWS Grundlg. und Zielgruppen der Verhaltensgest. pädagogik 4 HWS/ 1L Unterricht u. pädagogisch-therapeut. Maßn. bei Verhaltensstörungen 2 HWS	1.1	Pädagogische Grundlagen	2	FE	wahlw. 1L		
			1.2.	Einführung in die Sonderpädagogik	4	FE	wahlw. 1L		
			1.3.	Geschichte der Sonderpädagogik	2	FE	wahlw. 1L		
			1.4	Grundfragen der Integration	2	FE	wahlw. 1L		
			2.1.	Medizinische Grundlagen	2	SE	wahlw. 1L		
			2.2.	Neuropsychologie und Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters	2	SE	wahlw. 1L		
			2.3.1.	Einführung in die Heilpädagogische Psychologie	2	GR			
			2.4	Pädiatrie und Schulhygiene	2	BL	wahlw. 1L		
			und						
			3. 1.	Grundlagen der Geistigbehindertepädagogik	4	FE/GR	wahlw. 1L		
			4.1.	Überblick über die Fördermöglichkeiten	2	FE			
			oder						
			5.1.	Grundlagen der Verhaltensgestörtenpädagogik	4	FE/GR	wahlw. 1L		
			6.1.	Überblick über die Fördermöglichkeiten	2	FE	wahlw. 1L		

Studienabschnitt	Studienhalbjahr	Studienbereich	Teilge Nr.	Bausteine	HW S	vorges. Veransth. form	Leistungs-nachweis		
Hauptstudium	3. + 4. 20 HWS d. h. ca. 25 SWS	Medizinische, neuro-physiologische und psychologische Grundlagen 8 HWS wahlweise 1 L	2.3.2.	Lern- u. Entwicklungspsychologie	2	FE			
			2.3.3.	Diagnostik I	2	BL			
			2.3.4.	Diagnostik II	2	BL			
					2.3.5.	Begutachtung und Beratung	2	FE	wahlw. IL
						und			
			Grundlg. d. Geistig-behindertenpädagog. 2 HWS/wahlw. 1 L Unterricht und spez. Fördermaßnahmen 10 HWS wahlweise L	3.2	Spezielle Probleme der geistigen Behinderungen im Kindes- und Jugendalter	2	FE	wahlw. IL	
		4.2.1.		Sonderpädagogische Bildung geistig behinderter Kinder und Jugendlicher	2	FE	wahlw. IL		
		4.2.2.		Spezielle Fragen des Unterrichts	2	SE	wahlw. IL		
		4.3.1.		Spezielle Förderkonzepte-Grundprobleme	2	FE	wahlw. IL		
		4.3.2.		Spezielle Förderkonzepte-Einzelverfahren	4	GR	wahlw. IL		
						oder			
		5.2.		Spezielle Fragen der Verhaltensstörungen im Kindes- und Jugendalter	2	FE	wahlw. IL		
		6.2.1.	Strukturierte Unterrichts-konzepte	2	FE	wahlw. IL			
			Grundlg. d. Verh. gestörtenpädagogik ² HWS/wahlw. 1 L Unterricht u. pädagogisch-therapeut. Maßn. bei Verhaltensstörungen 10 HWS wahlweise L	6.2.2	Strukturiert-schülerzentrierte Unterrichtskonzepte	2	SE	wahlw. IL	
6.3.1.	Pädagog-therapeut. Maßnahmen Grundprobleme	2		FE	wahlw. IL				
6.3.2.	Pädagog-therapeut. Maßnahmen Einzelverfahren	4		GR	wahlw. IL				

Anmerkungen:

- FE Fernstudienanteile (Selbststudienmaterialien und mentoriertes Selbststudium)
- SE Seminar
- GR Gruppenarbeit
- BL Blockveranstaltung
- L benoteter Leistungsnachweis
- HWS Halbjahreswochenstunde (1HWS=1,25SWS)
- SWS Semesterwochenstunde